



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Interpellation [2011/138](#) von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion, vom 5. Mai 2011 betreffend "Verpackungen aus Bioplastik belasten die Umwelt ebenso wie herkömmliche Kunststoffverpackungen"

Datum: 28. Juni 2011

Nummer: 2011-138

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2011/138

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Interpellation [2011/138](#) von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion, vom 5. Mai 2011 betreffend "Verpackungen aus Bioplastik belasten die Umwelt ebenso wie herkömmliche Kunststoffverpackungen"

vom 28. Juni 2011

Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion, hat am 5. Mai 2011 die Interpellation 2011/138 mit dem Titel "Verpackungen aus Bioplastik belasten die Umwelt ebenso wie herkömmliche Kunststoffverpackungen" eingereicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die wichtigsten Grundnahrungsmittel der Welt (Mais, Weizen usw.) werden immer teurer. Über die vergangenen 10 Jahre stieg der Preis für Mais um 300%. Dafür gibt es mehrere Gründe: gestiegene Nachfrage nach Fleisch in den Schwellenländern, Ernteschwankungen, Spekulationen und dass Mais zunehmend als Ersatz für Erdöl verwendet wird, statt der Ernährung zu dienen. Hauptsächlich die enorme Bioethanol-Produktion in den USA wird für die direkte Nahrungs- und Futtermittelkonkurrenz verantwortlich gemacht. Mittlerweile soll bereits 1/3 der US-Maisernte für den Benzintank abgezweigt werden. Die ökologischen und sozialen Folgen sind gravierend. Neue soziale Unruhen in Schwellen- und Entwicklungsländer werden befürchtet. Und die NZZ titelt, dass der hohe Maispreis zum Inflationsrisiko werde (NZZ vom 5. April 2011).

Der Nahrungsmittelkonzern DANONE möchte künftig Plastik aus Maisstärke für seine Verpackungen verwenden. Vorerst sollen nur Activia Joghurt im Bioplastik aus Polymilchsäure (PLA) angeboten werden. Eine Ausweitung der Produktion ist jedoch offensichtlich. Auch andere Konzerne werden aufgefordert, ebenfalls PLA einzusetzen. European Bioplastic sieht eine Gesamtkapazität von 1.5 Millionen Tonnen pro Jahr für alle Bioplastik im 2011 als möglich¹, andere Quellen sprechen von 3 Millionen Tonnen² des Kunststoffmarktes bis zum Jahr 2020. Eine solche Entwicklung würde die vorherrschende Nahrungskonkurrenz zweifellos beträchtlich verschärfen.

Die Danone preist ihre Bioplastik-Verpackung als "nachhaltig" und "umweltfreundlich" an. Die Produktion des Grundstoffes PLA führt aber beim Pflanzenanbau zum Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Die aufwändige Verarbeitung und Produktion von PLA benötigt erhebliche Mengen Energie. Die von Danone in Auftrag gegebene und gerne zitierte Ökobilanz bestätigt dies. In fünf von acht Wirkungskategorien verursacht die PLA Verpackung eine höhere Umweltbelastung als der Erdöl-Kunststoff PS³. Kommuniziert wird dies nicht, sondern es werden nur einzelne Ergebnisse heraus gepflückt, welche das gewünschte Ergebnis unterstützen. Auch gemäss einer Studie der Pittsburgher Universität⁴ wurden die ökologischen Auswirkungen von verschiedenen Kunststoffen auf Pflanzenbasis untersucht. In der Gesamtbeurteilung aller untersuchten Faktoren (Versauerung, Eutrophierung, Treibhausgaspotenzial, Ozon-Abbau, Smog, Verbrauch fossiler Rohstoffe, Kanze-

rogenität, Öko-Toxizität) befinden sich Bio-Kunststoffe lediglich im Mittelfeld und schneiden nicht besser ab als Plastikverpackungen aus Rohöl.

¹ <http://www.european-bioplastics.org/index.php?id=621>

² Zukunftsmarkt Biokunststoffe, Fallstudie im Auftrag des Umweltbundesamtes, Dezember 2007

³ Ökobilanz von Danone Activia-Verpackungen aus Polystyrol und Polylactid ifeu, u.a. Seite 82

⁴ M. Tabone, J. Gregg, E. Beckman, A. Landis in *Environmental Science & Technology* (2010): *Sustainability Metrics: Life Cycle Assessment and Green Design in Polymers*

Ich bitte den Regierungsrat um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Anerkennt die Regierung, dass zwischen Nahrungsmittelkonkurrenz und steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel ein Zusammenhang besteht?*
- 2. Ist die Regierung der Ansicht, dass auch im Baselbiet für landwirtschaftliche Flächen der Vorrang für Nahrungsmittelproduktion gelten soll und nicht derjenige für Energiepflanzen?*
- 3. Ist der Regierung bekannt, dass die Anpreisung angeblicher Umweltvorteile von Agroplastik PLA gegenüber herkömmlicher Kunststoffe nicht Bestand hält, wenn alle Umweltbelastungen berücksichtigt werden?*
- 4. Wo kommen Danone Produkte in kantonalen Institutionen zum Einsatz, welche bereits in "Bioplastik" (Plastik aus Mais) verpackt werden?*
- 5. Sehen die kantonalen Umweltprogramme eine Förderung von Bioplastik aus Nahrungsmitteln vor? Oder sieht der Kanton nicht eher eine Förderung des stofflichen Recyclings herkömmlicher Rohstoffe vor?*

Antwort des Regierungsrates

- 1. Anerkennt die Regierung, dass zwischen Nahrungsmittelkonkurrenz und steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel ein Zusammenhang besteht?*

Der Markt für biogene Rohstoffe ist seit Jahren weltweit in Bewegung. Die Entwicklung der Preise der fossilen Energieträger kann rasch zu unerwarteten Verschiebungen führen: Landwirtschaftliche Erzeugnisse werden nicht mehr der Ernährung von Mensch und Tier zugeführt, sondern für industrielle Zwecke genutzt. Die Spannungsfelder, die daraus resultieren, sind weltumspannend und haben wirtschaftliche, soziale und ökologische Komponenten. Eine davon ist die Konkurrenz, die zwischen der Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion für Nahrungsmittel, industriellem Rohstoff (z.B. Mais) oder gar für Treibstoff (z.B. Zucker) entstanden ist. Diese Spannungsfelder in der ganzen Komplexität abzuhandeln, würde den Rahmen dieser Antwort übersteigen.

Die Preise, die wir in der Schweiz für Grundnahrungsmittel zahlen, sind von der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt bisher wenig betroffen, da die Grenzschutzmassnahmen nach wie vor stabilisierend wirken. Angesichts des weltweit generell steigenden Nahrungsmittelbedarfs, der immer wieder prekären Versorgungssituationen in einzelnen Weltgegenden und dem grossen Druck auf naturnahe Flächen ist die Verwendung landwirtschaftlicher Produkte als industrielle Rohstoffe oder Energieträger aber insgesamt sehr kritisch zu beurteilen.

2. Ist die Regierung der Ansicht, dass auch im Baselbiet für landwirtschaftliche Flächen der Vorrang für Nahrungsmittelproduktion gelten soll und nicht derjenige für Energiepflanzen?

Die Agrarpolitik und damit verbunden die Steuerung der Produktion ist fast ausschliesslich Bundessache. Insofern ist die Meinung der Regierung irrelevant, denn sie kann die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen nicht steuern. Dennoch sei betont, dass die Regierung die Erzeugung von Nahrungsmitteln als wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft sieht. Sie verschliesst sich aber der landwirtschaftlichen Produktion von nachwachsenden Rohstoffen nicht grundsätzlich. Die ökologischen Auswirkungen, die Produktivität und der Nutzen der bekannten Kulturen sind sehr unterschiedlich und deshalb weiter zu untersuchen. Dabei steht längerfristig nicht die energetische Nutzung im Vordergrund, sondern die Lieferung von Grundstoffen für die Industrie. Die Zukunft wird sich auf natürlich hergestellte Stoffe stützen müssen, denn die fossilen Rohstoffe sind endlich und nicht erneuerbar.

Insgesamt strebt die Regierung im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten eine nachhaltige Landwirtschaft an, welche den landwirtschaftlichen Betrieben primär als Nahrungsmittelproduzenten auch zukünftig ein angemessenes Einkommen sichert, gleichzeitig aber auch den wichtigen Stellenwert der Landwirtschaft für einen intakten Lebensraum berücksichtigt.

3. Ist der Regierung bekannt, dass die Anpreisung angeblicher Umweltvorteile von Agroplastik PLA gegenüber herkömmlicher Kunststoffe nicht Bestand hält, wenn alle Umweltbelastungen berücksichtigt werden?

Die Regierung teilt die Einschätzung, dass Kunststoffe auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen nicht generell "umweltfreundlicher" sind. Ähnlich wie bei der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen ergibt sich am ehesten dann eine vorteilhafte Ökobilanz, wenn Abfall- oder Nebenprodukte aus der Landwirtschaft genutzt werden können, während die Bilanz bei einem speziellen Anbau von Rohstoffen für Bio-Plastik teilweise sogar schlechter ausfällt als für Kunststoffe aus fossilen Rohstoffen.

Als indirekte Belastung ist bei "Bio-Kunststoffen" weiter zu berücksichtigen, dass sie ein stoffliches Recycling von Kunststoffabfällen (wie es auch in der Schweiz immer wieder diskutiert wird) sehr stark erschweren oder gar verunmöglichen.

4. Wo kommen Danone Produkte in kantonalen Institutionen zum Einsatz, welche bereits in "Bioplastik" (Plastik aus Mais) verpackt werden?

Die Regierung hat keine Kenntnisse über die Verbreitung einzelner Marken oder gar Produktlinien in kantonalen Institutionen und sieht weder eine Notwendigkeit noch eine Möglichkeit, diesbezüglich eine Erhebung durchzuführen.

5. Sehen die kantonalen Umweltprogramme eine Förderung von Bioplastik aus Nahrungsmitteln vor? Oder sieht der Kanton nicht eher eine Förderung des stofflichen Recyclings herkömmlicher Rohstoffe vor?

Soweit mit "kantonalen Umweltprogrammen" die normale Beratungstätigkeit gemeint ist, hat diese bereits seit Jahren den Schwerpunkt auf Abfallvermeidung (z.B. durch den Einsatz von

Mehrweggebinden) und die Förderung des Recyclings bei traditionellen Verpackungs-Wertstoffen (Glas, Karton, Metalle, PET) gelegt. In diesem Umfeld wurde (in Übereinstimmung mit den Bundesbehörden) sowohl die Sammlung von Kunststoff-Verpackungen als auch der Einsatz von "kompostierbaren Verpackungen" stets sehr kritisch beurteilt und aufgrund des Fehlens klarer Vorteile abgelehnt.

Liestal, 28. Juni 2011

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident:

Krähenbühl

der Landschreiber:

Mundschin